

Allianz vor Ort

Derzeit gibt es Sonntagsallianzen in neun Bundesländern sowie in 90 Städten und Regionen Deutschlands.

- Landesallianzen
- regionale Allianzen



Sonntagsallianz im Netz:

www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de
www.europeansundayalliance.eu



Über die Allianz

Die Allianz für den freien Sonntag Deutschland entstand im Jahr 2006 im Kontext der Föderalismusreform, die den Bundesländern den Anstoß gab, um die längsten Ladenöffnungszeiten und die meisten verkaufsoffenen Sonntage zu konkurrieren. Die kirchlich-gewerkschaftlichen Initiatoren setzten sich zum Ziel, auf den verschiedenen politischen Ebenen, auf denen über Sonntagsarbeit entschieden wird, gemeinsam für den Sonntagsschutz einzutreten.

Träger der Sonntagsallianz auf Bundesebene sind die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie die arbeitnehmer- und arbeitsweltbezogenen Verbände der beiden großen Kirchen: Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), Bundesverband Evangelischer Arbeitnehmerorganisationen (BVEA), Katholische Betriebsseelsorge und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA). Weitere Gewerkschaften und Kirchenorganisationen sowie Familien-, Frauen-, Sozial-, Sport- und Umweltverbände haben sich der Sonntagsallianz als Unterstützer angeschlossen. Politische Parteien sind Gesprächspartner und Adressat der Allianz und können deshalb nicht selbst Teil der Initiative werden.

Die Sonntagsallianz ist europäisch vernetzt und Mitglied der im Jahr 2011 in Brüssel gegründeten European Sunday Alliance. Als jährlichen Aktionstag haben Sonntagsschutzinitiativen in 17 europäischen Ländern den „Internationalen Tag des freien Sonntags“ am 3. März ausgerufen. Rund um dieses Datum finden zahlreiche Straßenaktionen, Gottesdienste oder politische Diskussionsveranstaltungen statt, die den Wert des Kulturguts Sonntag öffentlich ins Bewusstsein rufen.

Kontakt:

Allianz für den freien Sonntag
c/o KAB Deutschlands
Pettenkofenstr. 8/III
80336 München
089/55254921
christiane.schrag@kab.de



Ziele der Sonntagsallianz





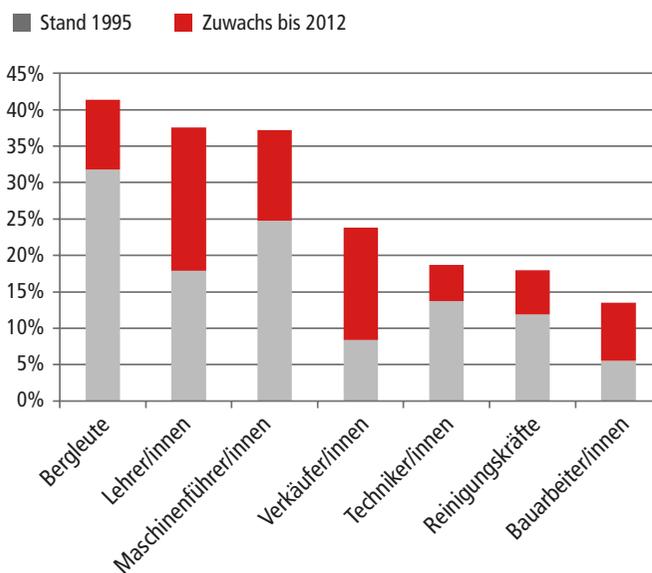
Forderungen der Sonntagsallianz

Die Allianz für den freien Sonntag erwartet von der Politik in Bund und Ländern, dass sie Sonntagsarbeit auf das gesellschaftlich notwendige Maß begrenzt. Die Politik steht in der Verantwortung, die branchenübergreifende Ausbreitung kommerziell begründeter Sonntagsbeschäftigung zu unterbinden, anstatt sie durch weitere Ausnahmeregelungen zu fördern.

Die Allianz für den freien Sonntag fordert:

1. **Einheitliche und klare Grenzen für die Sonntagsarbeit** durch nähere Bestimmungen im Arbeitszeitgesetz, eine bundesweite Bedarfsgewerbeverordnung und länderübergreifende Standards für verkaufsoffene Sonntage
2. **Die Einhaltung des Sonntagsschutzes in der Praxis** durch konkrete und praktikable Umsetzungsvorgaben zum Arbeitszeit-, Ladenschluss- und Feiertagsrecht
3. **Einen regelmäßigen Sonntagschutzbericht der Bundesregierung**, der die Entwicklung der Sonntagsarbeit analysiert und die Wirksamkeit des Sonntagsschutzes kritisch überprüft

Anteil der Sonntagsarbeiter/innen in verschiedenen Berufen (%)



Daten: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/1378

Wofür wir eintreten!

„Leben ist mehr als Arbeit!“ Diese Botschaft erfahren wir an jedem Sonntag, wenn die Gesellschaft innehält und aufatmet. Der Sonntag ist der Tag in der Woche, an dem die Bedürfnisse der Kultur und der Religion, der Familie, der Vereine und des Einzelnen vor den Interessen der Wirtschaft stehen. Er ist eine der ältesten Traditionen der Menschheit. Und er ist gerade in unserer heutigen, hektischen Zeit besonders wertvoll.

Das deutsche Grundgesetz legt fest: „Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt“ (Art. 140 GG). Tatsächlich aber besteht dieser Schutz oft nur auf dem Papier. In Deutschland arbeiten 10,5 Millionen Menschen auch an Sonn- und Feiertagen. Sonntagsarbeit geht heute weit über die für die Freizeitgestaltung, Sicherheit oder Grundversorgung der Bevölkerung notwendigen Tätigkeiten hinaus.

Die Allianz für den freien Sonntag tritt mit öffentlichen Aktionen für eine neue Wertschätzung des Sonntags ein. In Gesprächen mit politischen Parteien, Ministerien und Behörden engagiert sie sich für die Bewahrung gemeinsamer freier Zeit und einen zuverlässigen Schutz der Sonntagsruhe. Da ein breites Bündnis nötig ist, um die schleichende Ökonomisierung der Sonn- und Feiertage zu stoppen, laden wir Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen ein, Unterstützer der Allianz zu werden.



Urteile zum Sonntagsschutz

Bundesverfassungsgericht, 9.6.2004 (1 BvR 636/02):

- Das Verbot der Ladenöffnung an Sonn- und Feiertagen verstößt nicht gegen die Berufsausübungsfreiheit der Ladeninhaber.

Bundesverfassungsgericht, 1.12.2009 (1 BvR 2857/07 u.a.):

- In der Sonntagsruhe konkretisieren sich Grundrechte wie die Religionsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, der Schutz von Ehe und Familie und die Menschenwürde.
- Sonn- und Feiertage sind von der werktäglichen Geschäftigkeit freizuhalten. Ein bloßes wirtschaftliches Umsatzinteresse und alltägliches Shoppinginteresse rechtfertigen keine Sonntagsöffnungen des Einzelhandels.
- Eine Ladenöffnung am Sonntag ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn ein dem Sonntagsschutz entsprechender Sachgrund besteht.

Bundesverwaltungsgericht, 26.11.2014 (6 CN 1.13):

- Der Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe muss nicht hinter spontan auftretenden Konsumenten-Bedürfnissen zurücktreten.
- Sonntagsbeschäftigung in Callcentern, öffentlichen Bibliotheken, Videotheken, Lotto- und Totogesellschaften ist rechtswidrig.

Bundesverwaltungsgericht, 4.12.2014 (8 B 66.14):

- Verkäuferinnen und Verkäufer dürfen nicht am Sonntagmorgen, im Anschluss an eine werktägliche Ladenöffnung bis 24:00 Uhr, mit Aufräum- und Abschlussarbeiten beschäftigt werden.